

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

8.3.1906 (No. 79)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 8. März.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

N^o 79.

1906.

Ämtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 14. Februar d. J. gnädigt bewegen gefunden, den nachgenannten Offizieren des R. und K. Infanterie-Regiments Markgraf von Baden Nr. 23 die folgenden Auszeichnungen zu verleihen, und zwar:

- das Kommandeurkreuz II. Klasse des Ordens Verthold des Ersten:
dem Obersten und Regimentskommandanten Wilhelm Bucher;
- das Kommandeurkreuz II. Klasse des Ordens vom Jähringer Löwen:
dem Obersten und Stabsoffizier für besondere Verwendung, Anton Babic;
- das Ritterkreuz I. Klasse desselben Ordens:
dem Hauptmann und Kompanie-Kommandanten Edmund Wolff;
- das Ritterkreuz II. Klasse mit Eichenlaub desselben Ordens:
dem Oberleutnant Michael Hein.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 14. Februar d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem Hofkunsthandler L. Meder in Berlin das Ritterkreuz II. Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens, vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewegen gefunden, dem Vorstand der Fabrikinspektion, Oberregierungsrat Dr. Wittmann in Karlsruhe, die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich preussischen Kronenordens dritter Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewegen gefunden, dem Postbaurat Zimmermann und dem Ober-Postkassenrendanten, Rechnungsrat Weinmann in Karlsruhe, sowie dem Ober-Postsekretär Krauß in Mannheim die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich preussischen roten Adler-Ordens IV. Klasse zu erteilen.

Mit Entschliebung Großh. Ministeriums des Innern vom 26. Februar d. J. wurde Amtssakuar Friedrich Pfeiffer beim Bezirksamt Schönau zum Registrator dajelbst ernannt.

Nicht-Ämtlicher Teil.

Marinefragen.

(Telegramme.)

Forderungen zur Flottenergänzung in Deutschland.

* Berlin, 6. März. Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte, wie gemeldet, die Forderung von sechs großen Auslandkreuzern. Staatssekretär v. Tirpitz führte zur Begründung aus, die bisherigen deutschen Aufwendungen in dieser Richtung seien im Vergleich zu den Maßnahmen des Auslandes geradezu minimal, angesichts des außerordentlichen Anwachses unseres Außenhandels. Außerdem könnten bei Ausbruch eines Krieges die im Auslande befindlichen Panzerkreuzer eine nützliche Ableitung der feindlichen Kreuzer von den heimischen Küsten bewirken. In der Heimat sei das Panzerkreuzergeschwader besonders nach den letzten Kriegserfahrungen eine wichtig geordnete Unterstützung der Schlachtflotte. Die von Müller-Sagan bekämpfte gefehliche Bindung der Vermehrung sei unerlässlich. Für den Fall der gefehlichen Bewilligung aller sechs Schiffe sagte Krupp 100 M. Preisermäßigung pro Tonne der Panzerplatten zu. Das bedeute eine Ersparnis von 1 1/2 Millionen Mark jährlich. Der Vertrag mit Krupp könne gelöst werden, falls andere Lieferanten billiger liefern oder die Panzerplattenfabrikation verstaatlicht werde. Unsere Panzerplatten seien nicht teurer als die anderer Marinen. Im Laufe der Debatte wurde die Regierungsforderung als solche nur von Ledebour (Soz.) bekämpft, während Müller-Sagan nur die gefehliche Bindung bekämpfte; die Redner aller anderen Parteien befürworteten auch diese. — Bei der folgenden Debatte über die Displacementvergrößerung erklärte Staatssekretär v. Tirpitz, in neuerer Zeit hätten sich die Chancen, auf größere Entfernungen Erfolg zu erzielen, sehr vergrößert. Die „Dragaucht“ sei die Folge dieser Vergrößerung. Deutschland könne sich diesem Vorzug nicht verschließen, ebenso nicht der Notwendigkeit eines größeren Schutzes gegen Unterwasserbeschädigungen. Schließlich bewilligte die Budgetkommission gegen die Stimmen der Sozialdemokraten auch den Regierungsvorschlag betreffend die Displacementvergrößerung bei einer

Anzahl von Schiffsneubauten, sowie die im Etat für 1906 geforderten drei großen Schiffe, nämlich zwei Linien- und ein Kreuzer zu 18 000 Tonnen und einen großen Kreuzer zu 15 000 Tonnen.

* Berlin, 7. März. In der Budgetkommission des Reichstages führte Staatssekretär v. Tirpitz aus, durch die Einführung größerer Torpedobootstypen werde die Ausbildung schwieriger, andererseits mache die voraussichtlich vergrößerte Kampfenfaltung eine größere Loslösung der Torpedobootsflotte vom Geschwaderverband und größere Selbständigkeit derselben notwendig. Die Erfahrungen der Schlacht von Tsushima haben unsere Auffassung über die Verwendung der Torpedoboote und ihre Organisation nur bestätigt. Der Staatssekretär machte hierauf ausführliche Angaben über die Organisation der Torpedobootsflotte, von welcher zukünftig je drei (Schul-, Manöver- und Reserveflotte) zusammen also neun vorhanden sein würden. Ebenso begründete Staatssekretär v. Tirpitz die für die Torpedowaffen eigenartige Materialbeanspruchung und legt dar, daß außer einer neuen aktiven Flotte noch drei weitere als Materialreserven nötig seien. Die Ausführungen des Staatssekretärs fanden den besonderen Beifall der Kommission.

Bei der Forderung von 2 1/2 Millionen zur Beschaffung von Unterseebooten gab Staatssekretär v. Tirpitz eine Darstellung der Entwicklung dieser Waffe und begründete eingehend die bisherige Zurückhaltung der Marine gegenüber der Unterseebootfrage. Man dürfe die Wichtigkeit dieser Waffe nicht überschätzen, wenn natürlich Verwendungsmöglichkeiten für Unterseeboote auch bei uns keineswegs ausgeschlossen seien. Die Forderung wird angenommen, ebenso eine Reihe weiterer Titel genehmigt. Bei Kapitel „Geldverpflügung der Marine“ werden am Stelle der geforderten 6 nur 4 Admirale bewilligt. Nächste Sitzung morgen.

* Berlin, 7. März. Die Budgetkommission des Reichstages nahm die Forderung von 8 Millionen als erste Rate zum Bau der zweiten Torpedodivision an. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten.

Das französische Flottenprogramm.

* Paris, 6. März. Die Deputiertenkammer begann in ihrer Vormittagsitzung die Beratung des Marinebudgets. Admiral Dienaime wies auf die Notwendigkeit eines bestimmten Flottenprogramms hin und trat für das Turbinensystem, für die Abschaffung der mittleren Geschütze und für die Einheit des Kalibers für die leichte Schiffartillerie ein. Redner fordert, man solle aufhören, Panzerkreuzer zu bauen; heute brauche man große Panzerschiffe. Dienaime erklärte, mit einem Jahresbetrage von 325 Millionen Frankreich könne Frankreich die stärkste Flotte der Welt haben, wenn es nur große Panzerschiffe baue. Redner brachte schließlich einen Antrag ein, durch den die Regierung aufgefordert wird, ein vollständiges Flottenprogramm auszuarbeiten. In der Nachmittagsitzung bezeichnet Ledroy das Flottenprogramm als ungenügend. Wenn man sich mit diesem Programm begnügen sollte, würde die französische Marine weniger stark sein, als die Deutschlands. Man dürfe nicht vergessen, daß bei einem zukünftigen Kriege die Flotte eine beträchtliche Rolle zu spielen haben werde. Wenn es unglücklich verlaufe zu einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich kommen würde, so würde der Krieg mit einer Seeschlacht beginnen. Die französische Marine müsse also doppelt stark sein, weil Frankreich sich zu gleicher Zeit in der Nordsee und im Mittelmeer verteidigen müsse. Ledroy tritt dann für einen einheitlichen Typus eines schnellen und starken Panzerschiffes ein. Jedes Geschütz in einem Panzerschiffe müsse 200 Schuß abgeben können. Der Redner erklärt schließlich, die Stärkung der nationalen Wehrkraft sei die beste Bürgschaft für den Frieden. Man müsse den Krieg vorbereiten, wenn man nicht ein feindliches Eindringen in das Land vorbereiten wolle. Je mehr Frankreich Fortschritte mache auf sozialem Gebiet, desto mehr habe es die Pflicht, die Integrität seines Gebietes und seine Freiheiten zu verteidigen. (Anhaltender Beifall. Ledroy wird vom Präsidenten Doumer namens der Kammer beglückwünscht.)

* Paris, 7. März. Deputiertenkammer. In Beantwortung von Anfragen mehrerer Redner erklärt der Marineminister Tompson bei der Beratung des Marinebudgets, besonders wichtig in der Marinefrage sei die Steigerung des Vorgehens. Es sei indessen ein Irrtum, zu sagen, daß die Regierung kein Programm habe, ein solches existiere wohl. Die gestrigen Redner seien etwas zu pessimistisch gewesen. Er erkenne an, daß die Zusammenziehung der Geschwader zu wünschen übrig lasse, aber in der Armierung sei Frankreich der deutschen Flotte überlegen. Diese Ueberlegenheit beträgt 190 schwere, 296 mittlere und 780 kleine Geschütze. Von den im Bau befindlichen Panzerschiffen würden 2 am Ende dieses Jahres dienstbereit sein, 4 am Ende des nächsten Jahres. Eine bestimmte Anzahl von Kreuzern, Torpedobooten und Torpedojägern, sowie von Unterseebooten würde zu verschiedenen Zeitpunkten bis zum Jahre 1909 zur Verwendung be-

(Mit einer Beilage.)

reit werden und so das Programm vom Jahre 1900 zur Ausführung kommen. Der oberste Kriegsrat habe ein neues Bauprogramm aufgestellt, es sei ein Programm, in dem nur das Notwendigste gefordert werde. Nachdem das Programm vorgelegt sei, sei die wichtige Tatsache eingetreten, daß England sich zum Bau mehrerer Panzerschiffe, Torpedojäger und Unterseeboote und Deutschland sich zu dem mehrerer Panzerschiffe mit weitgehender Artillerie entschlossen hätten. Das sei die Lage, der man sich heute gegenüber befinde. Der oberste Kriegsrat habe also vorgeschlagen, starke Panzerschiffe und gepanzerte Kreuzer zu bauen. Sämtliche große Nationen bauten Panzerkreuzer. Deutschland wollte deren 20 haben. Frankreich besitze gegenwärtig Panzerkreuzer, welche Ueberlegenheit über die anderer Nationen habe. Der Minister erkenne wie der oberste Kriegsrat an, daß die Anstrengungen darauf gerichtet sein müßten, Kreuzer zu bauen; deshalb gehe der Antrag dahin, sechs neue Kreuzer zu bauen. Die Beratung kann sich nur auf den Typ erstrecken, den man anwenden wolle. Die Vorschläge gehen dahin, Panzer von 18 000 Tonnen Gehalt und mit einer Geschwindigkeit von 18 Knoten in der Stunde zu bauen. Turbinen sollten nicht zur Anwendung kommen, weil die Versuche damit noch nicht abgeschlossen seien. Man habe gesagt, unsere Armierung sei minderwertiger als die des letzten von England gebauten Panzers; das sei ein Irrtum. Die französischen Geschütze hätten eine größere Ladegeschwindigkeit als die englischen und das in der Minute verfeuerten Geschösgewicht würde dem des englischen Schiffes überlegen sein. (Fortsetzung nachmittags.)

Englische Marine.

* London, 7. März. Oberhaus. Goshen führt aus, die neuen strategischen Dispositionen der Flotte zeigten, daß die Admiralität den veränderten Umständen Rechnung getragen habe. Redner beglückwünscht die Admiralität zur Neuverteilung der Flotte. Der frühere erste Lord der Admiralität, Cavendish, sagt, England kann jetzt 16 befestigte Kriegsschiffe in voller Dienstbereitschaft und weitere 154 Schiffe in halber Dienstbereitschaft mehr unterhalten bei einer Ersparnis an Reparaturkosten in Höhe von 1 292 000 Pfund gegen das Jahr 1904; der gegenwärtige erste Lord der Admiralität hofft, daß die Verteidigung der heimischen Häfen den neuen Unterseebooten anvertraut werden kann.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

* Berlin, 6. März.

Abg. Rettich (kons.) erklärt bei Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Aenderung des Reichsstempelgesetzes, im Interesse der Gesundung unseres Anleihemarktes sollte man den Stempel der Staatspapiere überhaupt fallen lassen. Die paar hunderttausend Mark, die daraus vereinnahmt werden können, kämen für die Reichskasse doch nicht in Betracht.

Abg. Baasche (nat.) erklärt, an sich hätte seine Partei auch eine Beratung im Plenum gewünscht, sie wolle aber dem Antrage auf Kommissionsberatung zustimmen in der Hoffnung, daß etwas erprobliches erzielt werde.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Baasche und Müller-Sagan wird die Vorlage der Steuerkommission überwiesen.

In der fortgesetzten Beratung des Postetats nimmt Staatssekretär Kräfte das Wort. Er kommt auf die gestrige Debatte zurück und erklärt, die Verwaltung beobachte selbstständig sorgfältig die Gefahren, denen die Telephonisten beim Dienste ausgesetzt sind. Es werde angestrebt, die Gefahren der Strahlströme zu vermeiden und die Apparatverluste zu beseitigen, sowie durch Einschaltung von Relais die Gefahren zu verringern. Im Interesse der Gesundheit der Telephonisten ist die tägliche Dienstperiode gekürzt worden, dafür müßte andererseits aber der Sonntagsdienst für sie verschlechtert werden. Die Klagen über eine zu große Ueberlastung der Landbriefträger sind unbegründet. Die längste Tagesstour beträgt 27 bis 28 Kilometer. Die Anschuldigungen Singers gegen den Postdirektor in Schwaberg sind vollständig unbegründet. Die von dem Abg. Stöckh vorgebrachten Fälle unangemessenen Benehmens von Postbeamten gegen Untergebene haben sich zu meinem Bedauern als wahr erwiesen. Remedur ist sofort geschaffen worden. Gehaltsaufbesserungen, so sehr ich sie auch wünsche, kann ich gegenwärtig nicht befürworten. Die Tagelöhner in Berlin werden vom 1. April ab erhöht. Meine Ausführungen in der Steuerkommission sind mißverstanden worden. Es kann keine Rede davon sein, daß ich für eine Briefportoerhöhung eintreten werde. Ich bin auch nicht für eine Erhöhung der Zeitungsgebühren eingetreten, sondern nur für höhere Gebühren für Zeitungsbeilagen, die eigentlich unter Kreuzband verhandelt werden müßten. Der Staatssekretär erklärt dann gegenüber Äußerungen des Direktors Frank: In meiner Amtszeit ist der Postassistentenverband nie behelligt oder belästigt worden. Aber

die Beamten dürfen nicht vergessen, daß sie Beamte sind und gewisse Rücksichten zu nehmen haben in Wort und Schrift. Der Ton des Verbandsorgans ist allmählich ein anderer geworden, als er früher gewesen ist. Im übrigen ist wohl selten so viel für eine Beamtenklasse geschehen wie für die Assistenten bei der letzten Beamtenreform.

Abg. Pavig (natl.) erbittet Aufklärung, weshalb dem Oberpostassistenten Köppler in Leipzig amtlich verboten worden sei, in einer dortigen Versammlung des evangelischen Bundes einen Vortrag über Katholizismus und Protestantismus zu halten, und spricht die Erwartung aus, daß die Verwaltung aus den Beziehungen der Postbeamten zu Reichstagsabgeordneten keinen Anlaß nehme, dem Verbandsminderwollend gegenüberzutreten.

Staatssekretär Kräfte erklärt: In der Angelegenheit Köppler ist die Zentrumsparthei keineswegs beteiligt. Ein katholischer Pfarrer in Lüben führte Klage bei der Oberpostdirektion Leipzig, daß Köppler durch Wort und Schrift die Einwohnerlichkeit verheße, man möge ihm im Interesse des allgemeinen Friedens diese Verheßungen unterlagen. Nachdem sich der Pfarrer auch an das Reichspostamt gewandt hatte, stellte dieses fest, daß Köppler seine Schriften, obgleich sie nach Form und Kalendern Unhöfliches enthielten, auch katholischen Familien zugestellt habe. Daraufhin ist Köppler von der Verwaltung ernste Mißbilligung ausgesprochen und ihm die Fortsetzung einer solchen Tätigkeit untersagt worden. Auf die nochmalige Beschwerde eines Arztes hat die Oberpostdirektion Leipzig Köppler das Halten von Vorträgen untersagt. Dieses Verbot halten wir allerdings für ungerechtfertigt. Aber die Post- und Telegraphenbeamten müssen das Vertrauen der Bevölkerung genießen, sie dürfen nicht die Teile der Bevölkerung aufeinander heßen. Der Aufbesserung der Bezüge der Postpraktikanten stehen wir freundlich gegenüber.

Geb. Rat Neumann vom Reichschatzamt bringt finanzielle Bedenken gegen die geforderten Gehaltserhöhungen vor.

Abg. Kattmann (wirtsch. Vgg.) zollt der Post- und Telegraphenverwaltung Anerkennung. Er wünscht Ermäßigung der Telegraphengebühren durch Einführung einer Zwischenstufe für Entfernungen zwischen 100 und 250 Kilometer. Welche Erfahrungen machte man mit der Anstellung weiblicher Beamten? Bewährlich ist, daß die Diktatenszulage nicht wieder im Etat steht.

Unterstaatssekretär Sydow erklärt auf eine Anfrage: Wir haben uns mit der ungarischen Telegraphenverwaltung in Verbindung gesetzt, damit sie neben den ungarischen auch die deutschen Ortsbezeichnungen zulasse. Das ist aber unter Hinweis auf die ungarische Gesetzgebung abgelehnt worden. Damit aber Telegramme nicht wieder zurückgeschickt werden, haben wir die deutschen Postanstalten mit einem betreffenden Verzeichnis ausgestattet, damit sie die Ortsbezeichnungen eventuell handschriftlich ändern.

Abg. v. Glapowsky (Kole) beschwert sich über die aus politischen Gründen erfolgte Veretzung von Beamten aus Polen nach rein deutschen Gegenden und über die Behandlung polnischer Postbeamten.

Abg. Kern (wirtsch.) begründet die von ihm und einigen Konservativen eingebrachte Resolution betreffend Vermehrung der Endstellen für höhere Beamten und Erhöhung der Gehaltsstufen.

Nunmehr vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Antrag Passermann zur Gewerbeordnung und zum Handelsgesetzbuch. — Schluß 6¼ Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 7. März.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Zur Beratung steht der Antrag Passermann, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung (Gehaltsregelung der Angestellten), in Verbindung mit einem Antrag, betreffend die Verhältnisse der technischen Angestellten, sowie mit einem von Passermann eingebrachten Gesuchentwurf, betreffend Regelung des § 63 des Handelsgesetzbuches, Gehaltsregelung in Krankheitsfällen.

Abg. Passermann (natl.) begründet diese Anträge und weist auf die stets wachsende Zahl der technischen Angestellten hin, die mit den Handlungsgehilfen auf gleicher sozialer Stufe stehen, aber von der Gesetzgebung vernachlässigt worden seien. Es handelt sich um technische Werkmeister, Fabrikbeamte und Werkführer, für diese müsse monatliche Gehaltsregelung eingeführt werden, ferner eine Regelung in Krankheitsfällen (ohne Anrechnung der Bezüge von Krankentagen) verlangt werden, sowie die Ausstellung eines Zeugnisses gefordert werden.

Abg. Fothoff (fr. Vgg.) begründet insbesondere den Antrag auf völlige soziale und rechtliche Gleichstellung der technischen Angestellten mit den Handlungsgehilfen. Ferner müsse die zuständige Gewerbeordnung

Das neue Museum für Meereskunde

an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin ist in vier Abteilungen gegliedert und im Erdgeschoss und in dem ersten Stock des Gebäudes (Georgenstraße 34-36) untergebracht. Den zweiten Stock nehmen das Institut für Meereskunde und das Geographische Institut ein. Die vier Abteilungen des Museums sind: die Reichsmarinensammlung, die historisch-volkswirtschaftliche, die ozeanologische und Instrumentensammlung, sowie die biologische und Fischereisammlung. Ihr Inhalt und ihre Anordnung können hier nur kurz skizziert werden. An erster Stelle sei die Reichsmarinensammlung genannt. Von der Eingangshalle betritt man zuerst den historischen Saal, dessen Wände mit 21 Bildern von Professor Peterfen geschmückt sind, die Deutschlands Ruhmestage zur See verherrlichen und die Hauptabschnitte des deutschen Seekriegswesens, die Epoche der Hanse, die Zeit des Großen Kurfürsten und die der preußisch-deutschen Flotte darstellen. Schiffsmodelle aus diesen Zeitaltern, in Glaskästen oder an der Decke hängend, lassen die damalige Konstruktion und Ausrüstung der Kriegsschiffe erkennen. Dieser Saal bildet gleichzeitig eine würdige Gedenkstätte für unsere Kriegsmarine durch das Vorhandensein von zahlreichen Erinnerungsfunden, die zum Teil den historischen Sammlungen der kaiserlichen Marine entstammen. An den historischen Saal schließt sich der Lichthof, der mit Flaggen, Standarten und Kommandozeichen der kaiserlichen Marine geziert ist. Unter den Zeichen befinden sich u. a. die Königs- und die Prinzenstandarte, die in dem Seegefecht bei Jasmund im Flaggenkisten der „Arcona“ zerbrochen wurden. Der Lichthof ist angefüllt mit Modellen der modernen deutschen Kriegsschiffe, die in 1/100 der natürlichen Größe jede Schiffsklasse unserer Flotte in genauester Wiedergabe vor Augen führen. Die Mitte wird eingenommen durch einen 6 Meter langen und 5 Meter breiten Glaskasten, der eine Linienfahrtsdivision vor Anker veranschaulicht.

Vom Lichthof führt eine Treppe hinauf in den Waffensaal, in dessen Mitte eine 15-Zentimeter-Marineringkanone steht. Im übrigen zeigen die Modelle des Saals die gesamte artilleristische Entwicklung unserer Marine, sowie das Torpedo-

(Kaufmannsgerichte) auf technische Angestellte ausgedehnt werden, unter Errichtung besonderer Abteilungen, wo die Besitzer zur Hälfte technische Angestellte sein müssen. Auch soll militärische Dienstzeit von nicht mehr als 8 Wochen nicht mehr als Grund sofortiger Entlassung angesehen werden dürfen.

* Berlin, 7. März. Nach Annahme der §§ 1-12 des Erbschaftsteuergesetzes beriet gestern die Steuerkommission des Reichstages den § 13, der diejenigen Fälle aufzählt, die von der Erbschaftsteuer befreit bleiben. Ein Antrag Albrecht, einen Erwerb von nicht mehr als 1000 M. freizulassen, wurde abgelehnt. Ein Antrag Zehnhoff, die Steuerfreiheit bis auf 500 M. auszudehnen, wurde angenommen, die Regierungsvorlage ging nur bis 300 M. Die Bestimmungen der Regierungsvorlage, betreffend die Steuerfreiheit der Deszendenten und Ehegatten wurden angenommen. Bei der Gesamtabstimmung wurde § 13 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Der § 14, betreffend Erbschaften an inländische Kirchen, mildtätige Stiftungen usw., wurde in der Fassung angenommen, daß Zuwendungen von nicht mehr als 5000 M. freibleiben, und daß das Gleiche von Zuwendungen gelten soll, die ausschließlich mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken innerhalb des Reiches oder der deutschen Schutzgebiete gewidmet sind. § 15, der die Steuerfreiheit des Landesfürsten und der Mitglieder der landesfürstlichen Familie auspricht, wurde abgelehnt. Die folgenden Paragraphen bis 30, betreffend die Ermittlung der Masse und den bedingten Erwerb usw., wurden in der Fassung der Regierungsvorlage, bzw. mit geringen Abänderungen angenommen, ebenso ohne erhebliche Debatte die §§ 31 bis 49, betreffend die Berechnung der Erbschaftsteuer, Erhebung und Veranlagung derselben, Erbschaftsteuererklärung und Erbschaftsteuerbescheid. Die nächste Sitzung findet heute abend 8 Uhr statt.

Das englische Heeresbudget.

(Telegramme.)

* London, 7. März. Das Heeresbudget beläuft sich auf 29 796 000 Pfund, es zeigt also im Vergleich zum Vorjahre eine Abnahme von 17 000 Pfund. Trotz dem 220 000 Pfund vermehrten Aufwandes für die Reserve, deren Stärke 122 000 Mann erreichen soll und trotz der Mehrausgaben von 29 000 Pfund für die Bekleidungs- und Ausrüstungsmagazine, deren Ueberfluß an Vorräten durch den südafrikanischen Krieg aufgebraucht ist, sieht das Budget nur die Erhaltung des Heeres in dem gegenwärtigen Bestand für die Dauer eines weiteren Jahres vor, da der Kriegsminister Salisbury keine wichtigen Änderungen vornehmen will ohne ausreichende Zeit zur Prüfung gehabt zu haben. Die Stärke des Heeres soll um 5300 Mann herabgesetzt werden infolge der durch die Änderungen in der Verteilung der Flotte sich ergebenden Verringerungen der Garnisonen in den Kolonien. Alle regulären Streitkräfte sollen gegen Ende des Etatsjahres 1906/07 mit neuen Gewehren ausgerüstet sein.

Ruhestörungen bei den Inventuraufnahmen.

(Telegramme.)

* Paris, 7. März. In Bellevue, Departement Savoyen, wurden bei einer Inventuraufnahme acht Gen darmen verwundet.

* Müritzen, 7. März. Aus Voischepel (Arondissement Hazebrouck) werden schwere Ruhestörungen während der Inventuraufnahme in der Kirche gemeldet.

* Paris, 7. März. Die Deputierten des Norddepartements beschloßen, den Ministerpräsidenten und den Minister des Innern wegen der Vorfälle in Voischepel zu interpellieren, wo bei der Inventuraufnahme ein Fleischbeschauer durch einen Revolverbeschuß getötet wurde.

* Rom, 7. März. Der bekannte Bischof Bonanelli aus Cremona, dessen Hirtenbrief von der Notwendigkeit der Trennung von Kirche und Staat Aufsehen erregte, ist im Rom eingetroffen, um sich vor dem Papste selbst zu rechtfertigen.

Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

Reichsrat und Reichsduma.

* St. Petersburg, 7. März. In dem kaiserlichen Manifest wird zunächst mitgeteilt, daß die in dem Manifest vom 30. Oktober angeführten gesetzgeberischen Arbeiten, betreffend die Reorganisation des Reichsrates und betreffend die Abänderung des Reichs-Dumagesetzes zum Abschluß gekommen sind. Danach werden die Duma und der Reichsrat, der zukünftig zu gleichen Teilen aus vom Kaiser ernannten und aus gewählten Mitgliedern gebildet wird, alljährlich durch kaiserlichen Ukas zur ihren Tagungen einberufen und ebenso durch kaiserlichen Ukas vertagt. Die Duma und der Reichsrat haben gleiche gesetzgeberische Befugnisse. Im Manifest wird dann angekündigt, daß der Beschluß zur Ausarbeitung der Finanz- und Rußland gleichzeitig interessierenden Gesetze durch einen besonderen Ukas ergehen wird. Das Manifest schließt mit der Erklärung: Der Kaiser hege die feste Hoffnung, daß die Teilnahme von Vertretern des Volkes an der Gesetzgebung zu der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Reiches beitragen und die Einheit Rußlands festigen wird. — Gleichzeitig mit diesem Manifest sind Ukase veröffentlicht worden, welche die neuen Gesetze, betreffend die Bildung der Duma und des Reichsrates, enthalten. Die Wahlmitglieder des Reichsrates werden für neun Jahre gewählt. Alle drei Jahre finden für ein Drittel der Mitglieder Erneuerungen statt. Jede Semstwooberversammlung eines jeden Gouvernements wählt ein Mitglied. Sechs Mitglieder werden von den orthodoxen Synoden gewählt, sechs von den Vertretern der Akademie der Wissenschaften und der Universitäten, zwölf von Vertretern der Handelsbörsen und der Industrie, achtzehn von Vertretern des Adels und sechs von den als Kongress in Warschau zusammengetretenen Vertretern der Grundbesitzer des Reiches zu wählen. Die Mitglieder des Reichsrates müssen 40 Jahre alt und im Besitze des Abituriertzeugnisses sein, der Präsident und der Vizepräsident des Reichsrates werden vom Kaiser ernannt. Die gewählten Mitglieder des Reichsrates erhalten während der Tagung eine Entschädigung von 25 Rubel pro Tag. Die Sitzungen des Reichsrats sind wie die der Duma öffentlich. Die Mitglieder beider Körperschaften genießen während der Tagung persönliche Immunität.

* St. Petersburg, 7. März. Neben dem heutigen Duma-Manifest soll der „Morgenpost“ zufolge, vertraulich ein Senatsbefehl ergangen sein, nach dem von allen künftigen Abgeordneten vor Zulassung zur Duma obligatorisch der Treueid dem Kaiser und der Autokratie geleistet werden. Jede antimonarchische Haltung der Dummmitglieder ziehe Verfolgung wegen Meinesdes nach sich. — In der heutigen Börse wurde der Rücktritt Wittes bereits als vollendete Tatsache besprochen.

* Moskau, 7. März. Die Konferenz hiesiger Bankiers beschloß, auf eigene Kosten eine bewaffnete Polizeiwache einzurichten, um etwaigen Ueberfällen vorzubeugen.

Die Demission des serbischen Kabinetts.

(Telegramme.)

* Belgrad, 7. März. Das Ministerium Stojanowitsch hat seine Entlassung gegeben. Als Ursache des Rücktritts des Kabinetts wird angegeben, daß die Regierung die Vorschläge Oesterreich-Ungarns für den Abschluß des Handelsprovisoriums nicht annehmen konnte.

* Belgrad, 7. März. Bei Eröffnung der Sitzung der Skupstina erklärte Ministerpräsident Stojanowitsch, daß die Forderungen Oesterreich-Ungarns schwere seien; da die Opposition obstruiere, erblicke die Regierung in der Demission den besten Ausweg aus der Lage. Hierauf wird die Sitzung vertagt. Der erste Vizepräsident der Skupstina, Ratitsch, hat sein Abgeordnetenmandat niedergelegt.

maßvollschiff vertreten sind. Ferner enthält diese Abteilung Modelle von Geräten zur Rettung aus Seegefahr und Darstellungen aus dem Hafen- und Küstenwesen. Den Mittelpunkt dieser Gruppe soll ein noch in Arbeit befindliches Modell (1 : 100) bilden, das den Hafenbetrieb des Hamburger Kaiser-Wilhelm-Hafens vorführt. Ein großes Relief von Walger zeigt Hafen und Molen von Swinemünde. Ferner sind dargestellt: Leuchttürme, die Befestigung der Fahrstraßen, die Leuchtfeuer-technik, die Betonung der Fahrstraßen und das Seegeräte-, sowie das Seekabelwesen.

Die ozeanologische Sammlung und das Instrumentarium, in der westlichen Galerie untergebracht, enthalten eine reiche und wertvolle Sammlung nautischer und ozeanologischer Instrumente. In den folgenden Räumen werden einige Ergebnisse der morphologischen, physikalischen und chemischen Erforschung des Meeres dargestellt. Neben den Glas- und Reliefarten der Korallen und vieler Quader und der Quader und des Hafens von Fingtau seien die Marmorkörper hervorgehoben, die das Volumen- und Gewichtsverhältnis von Land und Meer und die chemische Zusammensetzung des Seewassers zeigen; ferner das Modell eines der gesamte Salzmenge des Meeres enthaltenden idealen Salzlagere, bei dem das Bild des königlichen Schlosses zu Berlin angewandt ist, um das Dienenmaß eines solchen Meeresalzlagere zu veranschaulichen, das die ganze vom Meer bedeckte Erdoberfläche überziehen würde. Aus der ozeanologischen Abteilung gelangt man in den Saal, der biologische Gruppen von Meerestieren enthält; zunächst die Fauna der Schwammgründe des Ägäischen Meeres: Schwammschwämme, Bades-, Zinnokk- und Ferkelschwämme; alle in Alkohol konserviert und gegenüber fertig für den Handel präpariert. Weitere Sammlungen zeigen die Vertreter der Fauna des Südpolargebietes, die sich um ein Bild der „Gauß“ im antarktischen Winterlager gruppieren. Den Hauptteil des Saales nimmt ein Skollenterriff ein, zu dem die Stücke auf einer vom Institut besonders veranstalteten Studienreise gesammelt sind. Sie stammen von der Eisrinne des Noten Meeres. Dementsprechend ist im Hintergrunde der Gruppe ein Bild mit der Ansicht von Tor und den dahinter liegenden Eisbergen zu sehen. Den Vordergrund bildet die erhöhte,

Die anderen Gruppen der historisch-volkswirtschaftlichen Sammlung sind in dem Mittelraum und dem westlichen Saal des oberen Stockwerks untergebracht, zu denen der Weg durch das Treppenhause hinaufführt. Vor dem Eingange zu dem Mittelraum und dann in diesem selbst sind einige wertvolle Modelle von Segelschiffen aufgestellt, die aus den Sammlungen der Deutschen Seemarine in Hamburg stammen. Es sind die hergebrachten wichtigsten Typen der Segelfahrzeuge, die auch heute noch ihren Platz neben den Dampferreifen des Ozeans behaupten, während die modernsten Schiffe durch ein fünf-

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 7. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm gestern Abend noch den Vortrag des Präsidenten Dr. Nicolai entgegen, empfing dann Seine Großherzogliche Hoheit den Prinzen Max und darnach den königlich preussischen Gejandten von Eßendeker.

Heute vormittag 11 Uhr hörte Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Ministers Dr. Schenkel und empfing von halb 1 Uhr an den Leutnant Götz von Dlenhausen von der Schutztruppe für Südwestafrika, den Großherzoglich luxemburgischen Hofstallmeister und Kammerherren von Bohlen und Galbach, sowie den Oberstleutnant Hauptmann von Offenhardt-Berghof, welcher beauftragt wurde, Ihre Königlichen Hoheiten den Großherzog und die Großherzogin bei der morgen in Baden-Baden stattfindenden Beisetzungsfeier des Staatssekretärs von Puttkamer zu vertreten.

Nach der Frühstückstafel machten die Großherzoglichen Herrschaften mit Ihrer Hochfürstlichen Durchlaucht der Prinzessin Hermine Keuf eine Ausfahrt, von der Höchst-dieselben zu Fuß in das Großherzogliche Schloß zurückkehrten.

Abends von 6 Uhr an nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Präsidenten Dr. Nicolai entgegen.

Nach der heute erfolgten amtlichen Feststellung des Ergebnisses der am 3. d. M. im 53. Wahlkreis vorgenommenen Nachwahl eines Abgeordneten zur Zweiten Kammer der Landstände erhielt Rechtsanwalt Schmidt in Bretten (Wahl der Landwirte) 2952, Sägewerksbesitzer Harsh in Bretten (natl.) 2331 und Gieser Fischer in Bretten (Soz.) 335 Stimmen; zurplittieri waren 5 Stimmen. Gewählt ist somit Rechtsanwalt Schmidt in Bretten.

(Die Beisetzungsfeier für Oberstaatsanwalt Geiler.) Die Friedhofkapelle sah gestern nachmittag wieder, wie am Sonntag vor 8 Tagen zur Beisetzungsfeier für Ministerialdirektor Geiler, eine zahlreiche Trauerverammlung. Wieder galt es einem verdienten Staatsbeamten, den ein früher Tod seinem weiten Wirkungskreis entzogen, die letzte Ehre zu erwiesen. Der Trauerfeier wohnten u. a. bei, Staatsminister Dr. Frhr. v. Dusch, der Minister des Innern Dr. Schenkel, der Präsident des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Frhr. v. Marschall, Geh. Rat Dr. Reinhard, Senatspräsident Loë, Erster Staatsanwalt Duffner, sowie Vertreter der Staatsanwaltschaft aus allen Teilen des Landes, viele andere hohe Beamte und Offiziere, sowie zahlreiche Abgeordnete aller Fraktionen, darunter der Präsident der Zweiten Kammer, Dr. Wildens. Die Würdenschafft „Leontina“ Freiburg, der der Verstorbene angehört, war gleichfalls vertreten. Stadtpfarrer Köhde verlas die Daten aus dem arbeitsreichen Leben des Dahingegangenen, die wir bereits geizig mitgeteilt haben, und hielt dann eine tiefempfundene Trauerrede, der er die Worte Hebräer 4, 9: „Es ist noch eine Ruhe vorhanden dem Volke Gottes“ zugrunde legte. Er hob besonders den Ernst der Auffassung und das Pflichtbewusstsein, mit dem Oberstaatsanwalt Geiler stets seinen oft so schweren Beruf erfüllte, hervor. Nach dem Gebet des Geistlichen ging es in langem Zuge bei herrlichem, sonnigen Frühlingsschnee hinaus zum offenen Grabe, wo als erster namens des Justizministeriums Staatsminister Dr. Frhr. von Dusch mit ehrenden Worten dem ausgezeichneten, pflicht-treuen Beamten und dem allseitig geschätzten Kollegen eine Kranzspende widmete, namens der Staatsanwaltschaft legte Erster Staatsanwalt Duffner einen Kranz nieder und hob den mit Milde gepaarten Gerechtigkeitsinn und den ehrenfesten Charakter des einschlafenen Kollegen hervor. Auch die Würdenschafft „Leontina“ Freiburg entbot durch den ersten Charakteren ihren alten Herrn mit einer Kranzspende den letzten Abschied.

(Einen Begrüßungsabend), der sehr zahlreich besucht war, veranstalteten gestern im Eintrachtssaal die Angehörigen der Zentrumsparlei ihren Vertretern in der Zweiten Kammer der

Landstände. Der Saal war mit den Büsten des Kaisers und des Großherzogs, sowie durch Fahnen und Laubhosen festlich geschmückt. Der Fraktionschef, Rechtsanwalt Fehrenbach, wurde bei seinem Eintritt besonders lebhaft begrüßt. Orchestermusik und Gesang eröffneten die Feier. Als erster sprach der Vorsitzende, Rechtsanwalt Truntz, der die Anwesenden begrüßte und den Abgeordneten den Dank für ihre mühevollen Parlamentsarbeit aussprach, er schloß mit einem Hoch auf die Zentrumsfraktion. Nach einem Gesangsbeitrag des Herrn Streuber hielt dann der Fraktionschef, Herr Fehrenbach, unter vielem Beifall eine längere Rede, die in ein Hoch auf das deutsche Vaterland ausklang. Weiter sprachen der Abgeordnete Herr Schüler, Notar Hund-Brudal und namens der Teilnehmer Herr Sattler. Im übrigen bot das Programm des Abends außer der Orchestermusik mannigfache gefangliche Unterhaltung, wobei die Herren Kreuzer, Schweizer, Schwarz, Kunz und am Klavier die Herren Herling und Steinhardt sich verdient machten. Erst spät abends erreichte mit einem Schlusswort des Vorsitzenden, Rechtsanwalt Truntz, die Versammlung ihren Abschluss.

Mannheim, 6. März. Der Bund der Industriellen hatte auf gestern Abend zur konstituierten Versammlung eines Bezirksvereins Mannheim-Ludwigshafen nach dem Parthotel eingeladen. In der Versammlung, die unter Vorsitz von Direktor Hoffmann-Friedrichs stattfand, und der auch der Bezirksvereinsbesitzer Herr Stinnes beizuhörte, gab zunächst der Generalsekretär des Bundes, Herr Dr. Wendlandt, einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit und die Erfolge des Bundes der Industriellen in den 10 Jahren seines bisherigen Bestehens. Der Bund der Industriellen umfasst jetzt in etwa 50 Bezirksvereinen bereits gegen 3200 direkte Mitglieder. Der Bund der Industriellen hat die einzelnen Landesgebiete selbstständig organisiert da die Interessen in den einzelnen Bundesstaaten sich nicht immer mit dem Reichsinteresse decken. Die Absicht, den Bund auch in Baden zu organisieren, bestand schon seit mehreren Jahren und schon 1901 fand eine Vorversammlung in Mannheim statt. Der werbenden Tätigkeit des Sekretärs des Bundes der Industriellen, Dr. P. Wied, ist es gelungen, die Mitgliederzahl in Baden bereits auf 250 zu steigern. Ueber die Aufgaben und Ziele der badischen Landesabteilung sprach der Bundessekretär Dr. P. Wied. Dr. Wied erhielt im Oktober 1905 den Auftrag, den Bund in Baden zu organisieren und seiner ausgedehnten persönlichen Betätigung verdankt es der Bund, daß er in Baden, nachdem 63 Industrieorte und gegen 900 Industrielle besucht wurden, Ende Februar d. J. bereits gegen 250 Mitglieder aufzuweisen hatte, während ein weiterer hoher Prozentsatz seinen Beitritt bestimmt zugesichert hat, nachdem die Gründung der badischen Landesabteilung erfolgt ist. Der Sitz derselben wird Mannheim werden. Die Gründung von Bezirksvereinen ist noch in Aussicht genommen in Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg, Lörrach, Konstanz, Tübingen. Der Zweck dieser Bezirksvereine ist, die Industriellen zu Besprechungen über industrielle Fragen zwecks Stellungnahme zusammenzuführen.

Baden, 5. März. Herr Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneter Dr. Günner ist, völlig gesundet, von seinem Erholungsurlaub aus Berlin heute Abend wieder hier eingetroffen.

bc. Baden, 5. März. Anlässlich einer Zusammenkunft von Interessenten der badischen Eisenindustrie kam unter anderem auch die geplante Personalreform der badischen Staatsbahnen zur Diskussion, nach deren Verlauf folgende Resolution allgemeine Annahme fand: „Die am 4. März in Baden-Baden versammelten Vertreter der badischen Eisenindustrie erachten es nach Kenntnisnahme der von Großh. badischer Regierung verfassten Denkschrift über die Reform der badischen Personalreform, im Interesse einer geordneten, wirtschaftlichen Weiterentwicklung unseres engeren Heimatlandes, als notwendig, daß die in obiger Denkschrift niedergelegten Vorschläge der Regierung durch die Landstände entsprechend Berücksichtigung und Annahme finden, um dadurch auch der angestrebten deutschen Betriebsmittellgemeinschafter die Wege zu ebnen.“

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 6. März. Seine Majestät der Kaiser empfing heute den japanischen Botschafter Inoué.

Berlin, 7. März. Seine Majestät der Kaiser wohnte mittags in der Kaiser-Wilhelm-Adademie dem Vortrag des Geh. Rats Koch über Schlafkrankheit bei.

Darmstadt, 7. März. In der Nachmittags-Sitzung der Zweiten Kammer erklärte Ministerpräsident Braun, die Schürferfrage im Vogelsberg hätten das Ergebnis gezeitigt, daß dort in absehbarer Zeit ganz erhebliche Kalilager erschlossen werden könnten. Bezüglich des Heimarbeitewesens führte Minister Braun aus, der Krebschaden sei darin zu erblicken, daß Mittel und Wege gesucht und gefunden worden seien, die Kosten der Alters-, Unfall- und Invaliditätsversicherung auf eine Volksklasse abzuwälzen. Darunter habe sie schwer zu leiden. Hier müsse der Hebel zu einer Besserung angelegt werden. Die Heimarbeit ganz zu verbieten, sei heute nicht mehr möglich. Es würden sich immer Leute finden, welche unter noch elenderen Bedingungen arbeiteten. Besserung müsse hier auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge geschaffen werden. Es müsse gelingen, eine ausreichende Kontrolle zu schaffen und die Festsetzung eines Minimums müsse sich ermöglichen lassen. Die Heimarbeiter müßten den Industriebreitern gleichgestellt werden. Hier sei eine Politik des Herzens angebracht.

Budapest, 7. März. Das Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung des Ministerialrats Frank Hegedues zum Finanzminister, des Ministerialrats Lof zum Kultus- und Unterrichtsminister, des Feldmarschalls Belahopp zum Honvedminister. Gleichzeitig wird Baron Fejerbary, der provisorisch auch das Finanzportefeuille geführt hat, seiner Stellung als Finanzminister enthoben. Der bisherige Kultus- und Unterrichtsminister Georg Lukacs und der bisherige Honvedminister Feldmarschallleutnant Bihar werden ihrer Stellen unter Anerkennung ihrer treuen Dienste enthoben. In der Presse wird der Wechsel im Kabinett als ein Zeichen der Konsolidierung der bisher befolgten Regierungspolitik aufgefaßt.

Warsch, 7. März. Seine Majestät der König von England ist gestern Abend hier eingetroffen.

Haag, 7. März. Die Haager Zeitung „Arond Post“ meldet, man beachtete die zweite Haager Friedenskonferenz im Sommer einzuberufen.

Madrid, 7. März. In Fraga, Provinz Huesca, kam es zwischen der Guardia zivil und Anständigen, die Arbeit verlangten, zu einem Zusammenstoß, wobei mehrere Schüsse abgegeben wurden, durch die drei Anständige getötet wurden, sowie auch von der Guardia zivil einige Mann verwundet wurden.

Konstantinopel, 6. März. Auf Antrag der Botschafter der Entente-Mächte überreichten gestern die Vertreter der Großmächte der Porte ein Memorandum, in welchem verlangt wird: 1. Anerkennung des Rechtes der Gendarmerie zur Intervention bei allen Verbrechen und Vergehen, wer immer der Täter sein mag. 2. Bewaffnung der Gendarmen mit Repetiergewehren und Revolvern in allerhöchster Zeit. 3. Strenge einheitliche Anwendung der Vorschriften betreffend das Waffentragen auf die ganze Bevölkerung. 4. Erlaubnis zum Tragen eines Taschenbuches für Wachtposten und Kommandanten.

Konstantinopel, 7. März. Die Lage in Manastir hat sich in der letzten Zeit wesentlich verschlechtert. Die Animosität zwischen Bulgaren und Griechen wird täglich offenkundiger. England scheint in der Frage der 3. proz. Zollserhöhung seinen entgegenkommenden Standpunkt einzunehmen. Der Botschafter O'Connor hat Instruktionen, die Angelegenheit im Einverständnis mit seinem Kollegen zu ordnen.

Washington, 6. März. Präsident Roosevelt richtete mit dem von dem Kriegs- und Marineminister über die Küstenverteidigung erstatteten Bericht eine Botschaft an den Kongress, in der er empfiehlt, besondere Aufmerksamkeit der Verteidigung der Einfahrt in die Chesapeake Bay zuzuwenden. Der Präsident sagte weiter, die insularen Beziehungen der Vereinigten Staaten dürften nicht länger vernachlässigt werden, wenn die Vereinigten Staaten beabsichtigten, sie zu halten. Der Bericht des Kriegs- und Marineministers empfiehlt, die Einfahrt in die Manilabai, ferner in den Hafen von Pearl Guanatanamo, Guam, San Juan und Honolulu, sowie die Zugänge zu dem Panamakanal in Verteidigungszustand zu setzen. Ebenso wird die verstärkte Befestigung mehrerer Häfen in den Vereinigten Staaten empfohlen. Die Kosten für diese Arbeit werden auf 50 Millionen Dollars veranschlagt.

Verschiedenes.

Straßburg, 6. März. Die Nachricht von dem Ableben des ehemaligen reichsländischen Staatssekretärs, Wirklichen Geheimen Rats Max v. Puttkamer, ruft in Elsaß-Lothringen große Teilnahme hervor. Herr v. Puttkamer, geboren am 28. Juni 1831, hat über dreißig Jahre in Elsaß-Lothringen in hohen Stellungen gewirkt, zuerst als Generaladvokat am damaligen Appellhofe zu Colmar, dann als Unterstaatssekretär der Ministerialabteilung für Justiz und Kultus und seit Anfang 1889 als Staatssekretär, bis er nach vollendetem siebenzigsten Lebensjahr von seinem Posten zurücktrat. So hat er unter den drei bisherigen Statthaltern eine leitende Rolle im politischen Leben der Reichsländer gespielt. Als Abgeordneter für Krautthal (Rosen) gehörte er schon dem konstituierenden Reichstage, dann dem norddeutschen Reichstage und dem Deutschen Reichstage an. Er hat in letzterem seinerzeit bemerkte Reden über Elsaß-Lothringen gehalten, denen er auch wohl seine Berufung hierher mit verdankte. Ein feingebildeter Jurist, besaß Max v. Puttkamer zugleich einen weiten staatsmännischen Blick und eine große staatsmännische Gewandtheit, die, verbunden mit einer nicht gewöhnlichen Dialektik im Reden und einer vielseitigen allgemeinen Bildung, ihn befähigt haben, manche schwierige Angelegenheiten im Landesausschusse glücklich durchzuführen. Dabei kannte er Land und Leute genau und besaß ein volles Verständnis für die Eigenart der eingeborenen Bevölkerung. Will man seine politische Tätigkeit richtig beurteilen und würdigen, so darf man nicht außer acht lassen, daß Staatssekretär v. Puttkamer in einer Periode des Ueberganges die Verwaltungsgeschäfte mit herborragendem Geschick und vielem Takt geleitet hat, so daß dann in allmählicher Folge die Aera der Gleichstellung des Reichslandes mit den Bundesstaaten, in deren Beginn wir uns jetzt befinden, einsehen konnte. Elsaß-Lothringen wird dem verstorbenen Staatssekretär v. Puttkamer, der auch persönlich ein liebenswürdiger und wohlwollender Mann, sowie ein geistreicher Plauderer war, ein ehrendes Andenken bewahren.

Berlin, 7. März. Der neue Etat der Stadt Berlin für 1906/07 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 153 267 646 M. gegen 135 209 581 M. im laufenden Jahre ab.

Berlin, 6. März. Der hier kürzlich verhaftete Popfabrikant, Schiffbauindustrieller Stöck, bei dem 31 Röhre vorgefunden wurden, wurde gestern von dem Schöffengericht gemäß dem Antrage des Staatsanwaltes von der Anklage des Diebstahls, der körperlichen Mißhandlung und der tätlichen Verletzung freigesprochen, in der Erwartung, daß die Familie ihn sofort einer Anstalt zuführe. Die Sachverständigen hatten übereinstimmend das Vorhandensein einer freien Willensbestimmung bemeint.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, 8. März. Abt. A. 50. Ab.-Vorst. Stadt „Jahrmärkte in Pilsnitz“, „Tannhäuser“, Anfang 6 1/2 Uhr.
Freitag, 9. März. Abt. C. 47. Ab.-Vorst. Stadt „Macbeth“, zum erstenmale „Jahrmärkte in Pilsnitz“.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 7. März 1906.

Die Verteilung des Luftdruckes ist im wesentlichen die gleiche wie am Vortag, indem ein barometrisches Maximum die südliche Hälfte des Festlandes, sowie Südeuropa bedeckt, während sich in Nordosteuropa eine Depression befindet; diese verursacht bis Mitteldeutschland herab wolfiges und schon in den Morgenstunden sehr warmes Wetter. Im Süden des Reiches herrscht dagegen wolkenloser Himmel, bei ziemlich niedriger Morgenstemperaturen. Deutres Wetter mit großen Temperaturunterschieden ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 7. März 1906, früh.

Lugano wolkenlos 2 Grad; Vienne wolkenlos 13 Grad; Nizza wolkenlos 5 Grad; Triest wolkenlos 6 Grad; Florenz bedeckt 4 Grad; Rom Nebel 5 Grad; Cagliari wolkenlos 10 Grad; Brindisi wolkenlos 8 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm in G.	Therm. in C.	Rel. Feucht. in mm	Wind	Witterung
6. Nachts 9 ⁰⁰ U.	761.9	8.7	7.5	89	SW heiter
7. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	762.9	4.9	5.5	84	" "
7. Mittags 2 ⁰⁰ U.	760.4	14.7	6.2	81	" "

Höchste Temperatur am 6. März: 16.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 4.9.

Niederschlagsmenge des 6. März: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 7. März, früh: Schusterinsel 2.21 m, gefallen 9 cm; Rehl 2.67 m, gefallen 17 cm; Wagan 4.86 m, gefallen 35 cm; Mannheim 5.21 m, gefallen 61 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaß in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Königlichen Tierärztlichen Hochschule in München

Begint das Sommer-Semester 1906 am 17. April. Inskription vom 17.-21. April; Anfang der Vorlesungen 28. April 1906.

Berlosung.

Von dem 5/2 prozentigen Anlehen der Stadtgemeinde Neustadt im Schwarzwald vom Jahr 1899 wurden bei der Ziehung vom 28. Februar d. J. durch das Los zur Teilzahlung auf 1. Oktober 1906 bestimmt:

Der Gemeinderat: Schorl.

Berein für Volkshygiene und Gesellschaft zur Bekämpfung des Krupuschartums

Donnerstag den 8. März d. J., abends 8 1/2 Uhr, im großen Rathsaussaale

Vortrag

des Herrn Dr. Th. Somburger-Karlsruhe, Thema: „Wie fangen die Kinderkrankheiten an.“

Eintritt frei für jedermann. Auch die Damen sind freundlichst eingeladen.

Handschuhe, Cravatten, Schirme. anerkannt vorzügl. Qualitäten empfehlen. LUDWIG OEHL Nachfolger KARLSRUHE i. B.

Süddeutsche Möbelfabrik gibt an bessere Beamte. Möbel-Einrichtungen bei günstigen Zahlungsbedingungen.

Günstiger Gelegenheitskauf von Pianinos! Bayrische Flügel- und Pianinofabrik mit Dampftrieb u. eigenem Sägewerk

Schriesheim bei Heidelberg. Lungenheilstalt Stammerberg f. weibl. Kranke M. 4.- bis 6.50 P. Tag.

Öffentliche Zustellung einer Klage. Y.642.2.2 Nr. 2238. Mosbach. Die Ehefrau des Landwirts Johann Georg Kampp Elise geb. Wehrle

streits vor die erste Zivilkammer des Großherzoglichen Landgerichts zu Mosbach auf Dienstag den 15. Mai 1906, vormittags 9 Uhr,

Y.666. Nr. 2161. Mannheim. Der Rechtsanwalt Dr. Frank in Mannheim hat als Verwalter des Nachlasses der am 29. November 1903 in Mannheim verstorbenen Kaufmann Seligmann (genannt Sigmund) Stettenheimer Witwe Fanny geb. Reisenberg

Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Y.688. Nr. 2317 III. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma M. Billigheimer, Brauweinbrennerei und Weinhandlung in Karlsruhe, Schützenstraße Nr. 42,

Y.645. Nr. 1263. Heidelberg. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Grundbuch von Heidelberg Band 1 Heft 20 auf den Namen des Bäckermeisters Georg Mühlbauer

Y.644. Nr. 2239. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Zahn-techniker Ernst Schmidt Ehefrau, Charlotte geb. Finkelde, in Baden-Baden eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am

Y.644. Nr. 2239. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Zahn-techniker Ernst Schmidt Ehefrau, Charlotte geb. Finkelde, in Baden-Baden eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am

Y.644. Nr. 2239. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Zahn-techniker Ernst Schmidt Ehefrau, Charlotte geb. Finkelde, in Baden-Baden eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am

Y.644. Nr. 2239. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Zahn-techniker Ernst Schmidt Ehefrau, Charlotte geb. Finkelde, in Baden-Baden eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am

Y.644. Nr. 2239. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Zahn-techniker Ernst Schmidt Ehefrau, Charlotte geb. Finkelde, in Baden-Baden eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am

Konkursverfahren. Y.698 Nr. 4390. Fahr. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Philipp Uhl & Sohn in Friesenheim ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen vor Großh. Amtsgericht Fahr bestimmt auf Mittwoch den 21. März 1906, vormittags 11 Uhr,

Bekanntmachung. Y.697. Vörrach. Es wird hiermit öffentlich zur Kenntnis gebracht, daß der am 30. Juni 1858 in Wipfen geborene Landwirt und Steinbrecher Gustav Reiz durch Gerichtsbeschluss vom 24. Januar 1906 Nr. 2471 wegen Trunksucht entmündigt wurde.

Bekanntmachung. Y.699. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Adolf Herrmann, Inhaber der Firma J. Fischer & Cie. in Offenburg, wird nunmehr betreffs der nachträglich liquidierten Posten besonderer Prüfungsstermin bestimmt auf Donnerstag den 5. April 1906, vormittags 9 Uhr.

Bekanntmachung. Y.700. St. Blasien. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts Johann Wirthele in Todtmoos hat der Konkursverwalter die Einstellung des Verfahrens angeregt, weil eine den Kosten des letzteren entsprechende Konkursmasse, nachdem auch über das Vermögen der Aktiengesellschaft Kurhaus Todtmoos und Salinohotel Dürheim in Todtmoos das Konkursverfahren hat eröffnet werden müssen, nicht mehr vorhanden ist.

Bekanntmachung. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Konkursverfahren. Y.701. Nr. 5088. Waldshut. Ueber das Vermögen des Steinbauers Johann Strittmatter in Buch wurde heute am 3. März 1906, nachmittags 1/2 Uhr,

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.

Beschreibung des zu versteigernden Grundstücks: Gb.-Nr. 4318 f: 5 a 60 qm Hofreite mit Gebäulichkeiten in der Stadt Heidelberg, Eppelheimerstraße 44, ein hübsches Wohnhaus mit Seitenbau, Bäderei und Werkstätte, Schätzung 64 000 M.

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

Y.643. Nr. 2240. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Blechermeyers Friedrich Goldschmidt

in die Diensträume des Notariats, Adlerstraße 25, 2. Stock, Zimmer Nr. 6, geladen.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Eintragung des Aufschlags die Aufhebung oder einseitige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Karlsruhe, den 27. Februar 1906. Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht. Edesheimer.

Freiwillige Gerichtsbarkeit. Namensänderung betr. Der am 24. September 1873 zu Redarbischofsheim geborene, daselbst wohnhafte Kaufmann Josef Wolff hat um die Ermächtigung nachgesucht, seinen Vornamen in „Wag“ umzuändern.

Einmalige Einwendungen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind binnen 3 Wochen darüber geltend zu machen. Karlsruhe, den 3. März 1906. Gr. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts. In Vertretung: Häfich, Dr. Umhauer.

Bermischte Bekanntmachungen. Ortsentwässerung. Die Gemeinde St. Leon, Amt Wiesloch, ergibt in öffentlicher Verdingung nachstehende Arbeiten zur Herstellung einer Ortsentwässerung:

1. Ausheben u. Einfüllen der Rohrgräben ca. 1440 lfd.m 2. Ziefern und Verlegen von Steinzeugröhren, 0,15-0,60 m weit, ca. 1440 lfd.m 3. Ziefern u. Verlegen von Straßenfinktschächten a. Steineug 56 Stück 4. Mauerarbeiten (Beton und Baustein) für die Schächte ca. 70 cbm 5. Ziefern und Einbauen v. Gestüch. u. Schottersteinen ca. 300 cbm Kläne, Bedingungen und Angebotsformulare liegen bei der unterzeichneten Inspektion auf.

Angebote sind versiegelt und mit obiger Aufschrift versehen bis 23. März d. J., abends 6 Uhr, bei der Inspektion einzureichen. Die Eröffnung findet am Samstag den 24. März d. J., nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathaus in St. Leon statt.

Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen vom Tage der Eröffnungsverhandlung an. Einsicht, den 5. März 1906. Gr. Wasser- und Straßenbauinspektion. Y.705. Karlsruhe. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Der ab 1. Februar d. J. in Kraft getretene Frachttarif für Rohbenzin in von Kralövitz, Station der k. priv. Reichsan-Derbener Eisenbahn nach Buchsala, wird mit Gültigkeit vom 10. März 1906 auf 300 Pfennig für 100 kg ermäßigt. Karlsruhe, den 6. März 1906. Großh. Generaldirektion

Mitteilung des Großh. Statistischen Landesamts. Monatliche Durchschnittspreise von Hafer, Stroh und Heu für den Monat Februar 1906.

Table with 3 columns: Orte, Hafer (Moggen), Heu. Row 1: 100 Kilogramm

Table with 3 columns: 1. Mittlere Monatspreise, 2. Monatliche Durchschnittspreise der höchsten Tagespreise (ohne Zuschlag).

Table with 3 columns: Reichsgesetz vom 21. Juni 1887 betr. die Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden.

Table with 3 columns: Reichsgesetz vom 21. Juni 1887 betr. die Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden.

Table with 3 columns: Reichsgesetz vom 21. Juni 1887 betr. die Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden.

Table with 3 columns: Reichsgesetz vom 21. Juni 1887 betr. die Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden.

Table with 3 columns: Reichsgesetz vom 21. Juni 1887 betr. die Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden.

Table with 3 columns: Reichsgesetz vom 21. Juni 1887 betr. die Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden.

Table with 3 columns: Reichsgesetz vom 21. Juni 1887 betr. die Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden.

Table with 3 columns: Reichsgesetz vom 21. Juni 1887 betr. die Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden.

Table with 3 columns: Reichsgesetz vom 21. Juni 1887 betr. die Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden.